1934-1945

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nr. 5/6/7 Mai/Juni/Juli 1951 1 Schilling

Mit Körner in die Zukunft

Dieser Tage wurde der neue Bundespräsident, unser Theodor Körner, feierlich angelobt. Damit steht nicht nur ein Sozialist schlechthin, sondern einer der unseren, ein sozialistischer Freiheitskämpfer, an der Spitze dieses Staates.

Nach einem Wahlkampf, der besonders in den letzten Tagen vor der Wahl — und nicht durch uns herbeigeführt — außerordentlich scharfe Formen angenommen hatte, triumphierte die Anständigkeit und gesunde Logik über die „Rote Katze", der Freiheitswille des Volkes über die heimwehrfaschistische Vergangenheit.

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sehen in dem Wahlausgang nicht nur eine bemerkenswerte Dokumentation der politischen Reife des österreichischen Volkes, sondern vermerken auch mit Genugtuung die Tatsache, daß dieses Volk die Diktatur ablehnt — und sich sehr wohl merkt, wer einmal auch nur an ihr angestreift ist. Das gilt für Gleißner in der gleichen Weise wie für den Kommunisten Fiala!

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sehen in Theodor Körner den Garanten für eine ruhige und friedliche Entwicklung unseres Landes.

In seiner neuen Stellung als Staatsoberhaupt wird er — genau so wie bisher als Wiener Bürgermeister — für unsere Sorgen und Nöte stets ein offenes Ohr haben. Unsere Sorgen waren und sind auch die seinen.

Und noch eines ist wichtig: Als Staatsoberhaupt wird Körner allezeit dafür sorgen, daß es nie wieder einen Februar 1934, nie wieder einen März 1938 gibt. Der Sozialist Körner, der selbst lange Zeit in den Kerkern des Faschismus gelitten hat, wird alle jene in die Schranken weisen, die — ganz gleich ob Kommunisten oder Neofaschisten — einen Angriff auf unsere demokratische Freiheit planen, oder einen solchen Plan in die Tat umsetzen wollen.

Er wird aber auch überall dort gehört werden müssen, wo es nicht um die innere Ordnung in unserem Staate allein geht, sondern das Schicksal unseres demokratischen Staatswesens entschieden wird. Körner hat in den bewegten Tagen von 1945 unzählige Male bewiesen, daß er mit seiner zielsicheren Verhandlungstaktik, mit dem gewinnenden Wesen seiner Persönlichkeit, der sich kaum jemand zu entziehen vermag, Situationen gemeistert hat, die schier hoffnungslos haben scheinen mögen.

Er wird, was in seiner Macht steht, bestimmt auch dafür sorgen, daß die aufrechten Demokraten in diesem Staate endlich das Schicksal Österreichs in ihre eigenen Hände nehmen können, daß der Befreiung vom Joch des verhaßten Faschismus endlich auch die Freiheit folge.

Mit Körner an der Spitze kann Österreich voller Zuversicht in die Zukunft schauen. Der Bundespräsident Körner, bislang der sozialistische Freiheitskämpfer, ist ein ebenso unentwegter Kämpfer für die Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs.

Für ein freies und unabhängiges Österreich!

MIT UNSEREM BUNDESPRÄSIDENTEN IN UNSERE ZUKUNFT

Ein Leben für die Arbeiterklasse

Vor kurzem feierte Genossin Anna Stiegler, die Vorsitzende des Frauenausschusses der Bremer SPD, ihren 70. Geburtstag. Sie widmete ein Leben für die Arbeiterklasse.

Als im Frühjahr 1947 österreichische Frauen auch Bremens Sozialistinnen zum Internationalen Frauentag nach Wien einluden, schrieben sie in ihrem Einladungsschreiben:

„... Euch, liebe Genossinnen, die Ihr in Bremen zu Hause seid, wollen wir vor allen anderen sagen, daß wir Euch darum beneiden, einen Menschen zu haben wie die Genossin Anna Stiegler. Sie war es, die mit einer Ruhe sondergleichen und mit einer unwandelbaren Treue an den Sieg unserer Sache glaubte, auch in der schwersten Zeit. Ihr müßt sie hüten wie eine Kostbarkeit, damit sie Euch und unserer gemeinsamen Sache erhalten bleiben möge. Fern liegt uns jeglicher Personenkult, aber was wahr ist, darf und muß gesagt werden."

So schrieben Wiener Sozialistinnen, die mit Anna Stiegler Jahre schlimmster Haft im Konzentrationslager Ravensbrück verbracht hatten. Elf Jahre ließen die Verbrecher der Nazizeit — dieser dunkelsten Epoche der deutschen Geschichte — diese aufrechte Genossin im Zuchthaus von Lübeck und im Ravensbrükker Konzentrationslager alle Leiden unmenschlicher Haft ertragen. Und als sie schließlich, abgemagert zum Skelett, einen Tag nach der Befreiung des Lagers durch die Russen entlassen wurde, kehrte sie nach Bremen zurück. „Stellt mich hin, wo es brennt, ich bin gewillt, zu tun, was ich kann." Mit diesen Worten nahm sie ihre Tätigkeit wieder auf, wo sie Jahre vorher zwangsweise hatte aufhören müssen.

Anna Stieglers Leben spiegelt ein Stück Arbeiterbewegung wider. Sie wurde als Tochter eines Landarbeiters am 21. April 1881 in Penzlin in Mecklenburg geboren. In der „großherzoglichen" Zeit war ein Landarbeiterleben im Mecklenburg der Ritter und Großgrundbesitzer so „gut" wie Leibeigenschaft. In Anna regte sich frühzeitig der Wunsch, zur Beseitigung der menschlichen Ungleichheit und Ungerechtigkeit beizutragen. Ihr Wunsch, Lehrerin zu werden, scheiterte am Geldmangel. Sie ging in den Haushalt und lernte auch diese Seite des Proletarierlebens kennen. In Bremen verband sie eine enge Freundschaft mit Hanna Reitze, der späteren Hamburger Reichstagsabgeordneten. Schon 1905 kam Anna zur SPD, und damit begann eine rege Kleinarbeit im Dienste der Partei. Lange Zeit war sie auch Austrägerin der sozialistischen „Bremer Tageszeitung". Später wurde sie in der Arbeiterbibliothek als Hilfskraft angestellt. 1905 hatte Anna den Buchdrucker Karl Stiegler geheiratet, der aus dem Lager Sachsenhausen, wohin er auf lange Jahre verschleppt wurde, nicht mehr zurückkehrte. Bei den Massenmorden vor dem Zusammenbruch wurde er von den SS-Folterknechten getötet.

Anna Stiegler gehörte seit Aufhebung des Klassenwahlrechtes der Bremischen Nationalversammlung und später der Bremischen Bürgerschaft an. Im Dritten Reich führte sie die Unterstützung der Angehörigen internierter Genossen trotz aller Verbote weiter durch. Sie ließ es sich nicht nehmen, trotz der vielen Gefahren mutig und beharrlich alle erreichbaren Fäden in ihrer Hand zu vereinen, die notwendig waren, um ihr kämpferisches Hilfswerk durchzuführen, um zu helfen und aufzurichten, wo es not tat. Wo die Nazischergen mit barbarischer Gewalt eine Lücke in die Reihen der illegalen Kämpfer gerissen hatten, da war Anna immer zur Stelle.

So war es denn zu guter Letzt eigentlich nur mehr der Schlußpunkt dieser weitverzweigten kämpferischen Tätigkeit, daß die Faust der braunen Henker auch nach der schon so lange gesuchten Genossin Anna Stiegler griff. Man schleppte Anna vor ein Tribunal, und nach einem Verfahren wegen Hochverrats wurde sie zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt*).

Wider Recht und Gesetz steckte man sie anschließend auf weitere sechs Jahre in das berüchtigte Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, wo sie viele österreichische Genossinnen kennenlernte.

Den Ehrungen, die Anna Stiegler (man nannte sie den „Engel von Ravensbrück") zu ihrem 70. Geburtstag dargebracht wurden, schließen sich auch die österreichischen Kameradinnen aus Ravensbrück, die österreichischen Freiheitskämpfer mit den herzlichsten Glückwünschen an.

*) Man vergleiche mit diesem Schandurteil die Strafen, die in den letzten Jahren gegen die Schinderknechte der SS und der SA aus den KZ-Wachmannschaften verhängt worden sind!

Den Opfern des 15. Juli 1927

Zum Gedenken an die Toten des 15. Juli begaben sich am Samstag, dem 14. Juli 1951, eine Delegation des Parteivorstandes mit Genossen Schärf an der Spitze, Genosse Jonas und Delegierte des Wiener Vorstandes und des Frauenzentralkomitees der Sozialistischen Partei sowie Vertreter des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer zum Mahnmal der Juliopfer auf dem Zentralfriedhof und legten Kränze roter Nelken nieder

Nachher verharrten alle Mitglieder der Abordnung in einer Minute stummen Gedenkens beim Mahnmal

Dem toten Freunde und Genossen

Heinz Hackenberg

Es bringt das Leben von Menschen, das im Dienste einer Idee steht, mit sich, daß sie als Freunde und Genossen viel zuwenig füreinander Zeit haben. So bleibt manch Nützliches ungesagt, das vom Herzen kommende Wort im Herzen, und erst wenn plötzlich der andere nicht mehr da ist, fort, hingegangen in das Land, aus dem kein Wanderer wiederkehrt, hält man jäh und bestürzt inne im eigenen Lauf, besinnt sich und erinnert sich . . .

Es ist wenige Tage her, daß Heinrich Hackenberg starb, ein Freund, ein Genosse, ein Revolutionärer Sozialist, wie er nicht besser, reiner, lauterer und opferbereiter gedacht werden kann. Er starb an einer Krankheit, die er sich im Konzentrationslager Buchenwald geholt hatte, und daran, daß er seine Idee höher gestellt hatte als sein Leben.

Denn so war dieser Revolutionäre Sozialist Heinrich Hackenberg: ein Mann und Mensch, dem die Idee das Leben und das Leben die Idee bedeutete. Schon damals erwies sich dies, als der junge Wachebeamte am 15. Juli 1927 sich weigerte, in die Massen zu schießen, die zur Gluthitze über ein Klassenurteil der Konterrevolution erregt, damals den Justizpalast umlagerte.

Es hat bei ihm nie Bedenken gegeben, wenn es galt, eine Entscheidung für oder gegen seine Gesinnung zu fällen, kein materielles, kein ideelles Bedenken, nur die Bereitschaft, mit seiner Person, seiner Freiheit, seinem Leben dafür einzustehen, wofür ein Sozialist einzustehen hatte, wenn er diesen Namen verdienen wollte. Man hat ihn gemaßregelt damals und aus dem Dienst im Staate des Prälaten ohne Milde ausgestoßen.

Aber es hatte nicht erst dieses ersten blutigen Blitzens aus dem immer drohender werdenden Himmel der österreichischen Konterrevolution gebraucht, um Hackenberg zum Sozialisten, zum kampfbereiten Genossen zu machen. Schon vorher hatte er in seinem Wohnbezirk als Vertrauensmann der Partei gearbeitet, und nun tat er dies erst recht; mit doppelter Kraft, doppeltem Eifer und mit jener Selbstlosigkeit, die ihm schon damals das Vertrauen vieler seiner Leopoldstädter Genossen eintrug. Es war ein Vertrauen, das der Partei wenige Jahre später Zinsen tragen sollte, denn wenn nach 1934 dieser Bezirk einer der besten in der illegalen Wiener Organisation der Revolutionären Sozialisten werden sollte, dann war das zu einem großen Teil eben jenem Vertrauen zu Hackenberg zuzuschreiben, das die Genossen sich um diesen Mann sammeln ließ, für den sein neuer Platz als illegaler Bezirksleiter trotz Haft in Gefängnissen und Anhaltelagern des Austrofaschismus nur ein selbstverständlicher neuer Einsatz seiner Existenz und seiner Freiheit für den Sozialismus war.

Damals habe ich Heinrich Hackenberg kennengelernt, diesen großen, jung aussehenden blonden, blauäugigen Menschen, mit dem gescheiten und nachdenklichen Gesicht, der nichts unbedacht sagte und nichts unüberlegt tat, aber zu dem, was er sagte und tat, bedingungslos stand. Er war nicht einer jener, die von anderen verlangten, was sie selbst nicht bereit waren, zu tun. Seine Tätigkeit war ein rastloses Sichausgeben und Sicheinsetzen, ohne Rücksicht auf die eigene Person, ohne Rücksicht auf Gefahren irgendwelcher Art. So war er und so blieb er auch, als er mich in der Funktion des Kreisleiters des Kreises II der R. S. ablöste und seine organisatorische und politische Arbeit mit einem Male vier der stärksten proletarischen Bezirke Wiens umfaßte. Bei Hackenberg gab es damals, und auch später immer, kein Aufspielen, kein Sich-in-Szene-Setzen, kein romantisch-abenteuerliches Spiel mit der Illegalität.

Mit jenem Ernst und jener Sachlichkeit und vor allem mit jener fast übergroßen Bescheidenheit, die den echten Idealisten kennzeichnet, tat er das, was er nur für seine Pflicht als Sozialist hielt, was aber in Wahrheit Aufopferung eines ganzen Lebens für die Arbeiterbewegung war.

Und auch dieses selbstlose, wertvolle Leben hat der Verräter Pav auf seinem Gewissen, denn eine abscheuliche Ephialtestat lieferte 1939 auch Hackenberg in die Hände der Gestapo und brachte ihn nach Buchenwald. Wohl konnte nichts die innere Haltung des Sozialisten Hackenberg brechen, aber Qual und Entbehrung der Lagerhölle senkte den Keim der Todeskrankheit in den aufrechten, starken Körper des Mannes, der nach dem Konzentrationslager in eine andere Hölle gesteckt wurde, in die der Floridsdorfer Lokomotivfabrik, in die Fronhölle der „Banermühl", wo er auch den neuen Bürgermeister unserer Stadt, den Genossen Jonas, traf. Kein Zweifel, der

Genossinnen und Genossen!

Ihr habt in den letzten Wochen immer wieder die Frage gestellt, warum denn eigentlich unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer" nicht in kürzeren Zeitabständen erscheint, und viele von euch haben gemeint, daß es ja doch wünschenswert wäre, monatlich herauszukommen. — Nun, wir wollen es gleich offen heraussagen: Es fehlt uns an Geld.

Als wir vor drei Jahren nach Beseitigung mancher Schwierigkeiten haben darangehen können, euch die erste Nummer der neuen Zeitung in die Hand zu geben, da ist es auch unser Wunsch gewesen, sie in jedem Monat als Sprachrohr unser aller zu euch zu senden. Denn nur so schien es uns möglich, alle die Probleme, die es galt, zu lösen, rasch und zuverlässig zu diskutieren. Daß unser Wollen und Beginnen begeisterten Widerhall ausgelöst hat, ist uns ein Beweis gewesen dafür, daß euer kämpferisches Wollen aus der Zeit des Schutzbundes, der Kampfgeist der KZ-Gemeinschaften wach ist wie nur eh und je. Und es war kein leichter Entschluß für die Genossen, die sich darum mühen, einzelne Ausgaben unserer Zeitung zu Doppelnummern zusammenzufassen.

Nun aber haben die letzten Monate auch für unsere Zeitung zusätzliche Mehrkosten gebracht, die zu verschweigen völlig falsch wäre. Papierpreise und Druckkosten sind gestiegen, das Porto wird erhöht werden. Und die nächste Jahreshauptversammlung unseres Bundes wird sich auch mit diesem Problem befassen müssen.

Bis dahin aber rufen wir alle Genossen und Genossinnen auf, für den „Sozialistischen Kämpfer", für ihre eigene Zeitung, einen je nach Wollen und Können abgestimmten Beitrag zu leisten. Ein Posterlagschein liegt dieser Nummer bei.

blonde, blauäugige „Arier" Hackenberg hätte es sich leichter machen können. Es hat nicht an Aufmunterungen gefehlt; ein kleines Wort, ein kleiner Verrat, mein Gott aus rein taktischen Gründen natürlich nur, wie er so vielen spielend leicht von der Hand gegangen war, und Heinz Hackenberg wäre es besser, viel besser gegangen. Aber es wäre eben nicht Heinz Hackenberg gewesen, der lieber sich selbst opferte, als dem Feind auch nur „aus taktischen Gründen" den kleinen Finger zu reichen. Für ihn war ein Revolutionärer Sozialist einer, der es blieb, mochte es auch das Leben kosten. Er war erfüllt von unbeirrbarer Zuversicht, daß dieses Dritte Reich nicht dauern konnte, daß auch die braune Barbarei zusammenbrechen und gehärtet in den Höllenfeuern des Faschismus, erneuert und befreit von allen Schlacken, die Partei wiederauferstehen würde. Dafür lebte er in dieser Zeit aufrecht, da so manche fielen, und das Bewußtsein, daß er es selbst vielleicht nicht mehr erleben würde, war ihm ein persönlicher Schmerz, aber keine Erschwerung seiner politischen Haltung.

Und er hat es erlebt; er hat es auch erlebt, daß sich, wie 1934 in der ersten Illegalität auch 1945 in der neuen Legalität, die Genossen der Leopoldstadt mit jener Selbstverständlichkeit um ihn sammelten, die der beglückende Ausdruck des unabänderlichen Vertrauens zu ihm war, das ihn wie selten einen durch die ganzen Jahre des Faschismus hindurch sichtbar und unsichtbar begleitet hatte. Diese Welle des Vertrauens zu dem sauberen, reinen und klaren Menschen und Sozialisten Hackenberg trug ihn zuerst auf den Posten des Bezirksbürgermeisters der Leopoldstadt, wahrlich kein leichtes Amt in dieser Zone, und trug ihn bei den Nationalratswahlen als Abgeordneten ins Parlament. Die Partei brauchte ihn auf dem vielleicht schwierigsten und schwersten Posten in der Aufbauarbeit, auf dem des Sekretärs der Wiener Organisation, und Hackenberg war wahrlich nicht der Mann, Amt und Würden leicht zu nehmen und die Arbeit von sich abzuwälzen. Er verzehrte sich in seiner Arbeit, er gab seine letzte Kraft und beutete sich selbst rücksichtslos aus, ohne auch nur einen Augenblick an sich, seine immer mehr ins Wanken geratende Gesundheit zu denken. So begann die Todessaat von Buchenwald in seinem Körper aufzugehen.

Ich erinnere mich, ihn noch bei einer Versammlung gesprochen zu haben, in der der Überbescheidene, der Nationalrat und Wiener Sekretär, in einem Winkel auf einer Podiumstufe im übervollen Saale sitzend wartete, bis die einleitenden Worte zu seinem Hauptreferat vorüber waren. Wir gaben uns die Hand, sahen uns an; ich war erschreckt, wie schlecht er aussah, und er schien das gleiche von mir zu denken. Vielleicht wollten wir beide das gleiche sagen, aber dann wurden es doch nur wieder flüchtige Worte eines flüchtigen Begegnens. Wenige Tage später hatte er in aller Stille, ohne zu klagen, ohne zu zögern, alle seine Funktionen niedergelegt. Am nächsten Tage lag er im Krankenhaus.

Und nun ist er tot; mit dreiundfünfzig Jahren gestorben; nicht leicht gestorben. Er ist nicht der erste der Revolutionären Sozialisten seit 1945, der bewußt sein Leben seiner Idee geopfert hat; er wird auch nicht der letzte sein. Aber er war der Besten einer, der Treuesten, der Lautersten; selbstlos, integer, und er hat dem Sozialismus und der österreichischen Arbeiterbewegung das Größte geopfert, das ein Mensch opfern kann: ein, sein ganzes Leben. Darum sei seiner gedacht in Dankbarkeit, Liebe und Freundschaft; heute, morgen, immer...

Aus Deutschland

Gegen den Neofaschismus

Ein Aufruf des Zentralen Frauenausschusses

In einer der letzten Sitzungen des Zentralen Frauenausschusses der SPD wurde ein Aufruf beschlossen, in dem die deutschen Genossinnen in beredten Worten vor dem Gift des Neofaschismus warnen, jenem Gift, das gewisse Leute auch dem österreichischen Volk — wenn auch nur tropfenweise — immer wieder einzuträufeln versuchen.

Frauen und Mütter!

Noch trauern Millionen von Frauen und Kindern auf der ganzen Welt um ihre Männer, Väter und Söhne, noch liegt ein großer Teil unserer Städte in Trümmern, noch leiden Millionen unseres Volkes unter den furchtbaren Folgen des Hitlerkrieges.

Und dennoch können heute schon wieder Männer und Frauen, die mitverantwortlich sind an diesem entsetzlichen Elend, es wagen, nicht nur die Verbrechen des Hitlerregimes zu entschuldigen, sondern sich sogar ihrer eigenen Mittäterschaft zu rühmen.

Noch ist zwar die Zahl ihrer Anhänger unbedeutend, aber es gilt, den Anfängen zu wehren.

Wir appellieren deshalb an die deutschen Frauen und Mütter, uns im Kampf gegen diese Gefahr und Schande für unser Volk zu helfen und vor allem ihre Kinder vor diesem Nazigift zu bewahren.

Nicht eine Politik, die uns und die ganze Welt schon einmal ins Unglück gestürzt hat, sondern nur soziale Gerechtigkeit und Freiheit und der Wille zu internationaler Verständigung können uns in eine glücklichere Zukunft führen.

Österreich hat die „Segnungen" des Nazismus zur Genüge kennengelernt; es hat mehr als genug von Faschismus und brutaler Gewalt. Darum wird auch der Appell der deutschen Frauen bei uns ein williges Ohr finden. Naziungeist und Heimwehrfaschismus, Gewalt und Unterdrückung werden bei uns in Österreich auch nicht in Anfängen wiedererstehen können. Dafür sorgt die Kraft der Sozialistischen Partei Österreichs, darauf achtet die kämpferische Wachsamkeit der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Bekenntnis

Wenn der Setzer einer Druckerei eine ausgesprochen weltanschauliche und menschliche Unanständigkeit begangen hat, wenn er, den Arm zum Faschistengruß erhoben, seinen Kameraden Hilfe verweigerte, wo er hätte helfen können; wenn er, und sei es nur durch stillschweigende Duldung, all jene unfaßbaren Verbrechen förderte, an denen unsere armselige Zeit so reich ist, dann werden sich seine Arbeitskollegen voller Abscheu von ihm wenden. Er wird von ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen, und man wird ihm seine Vergangenheit und die vielleicht nur fahrlässig böse Tat nicht vergessen. Kein Fürsprecher wird für ihn aufstehen.

Wenn aber der Autor, dessen Buch dieser Setzer gerade Zeile für Zeile zusammenfügt, der gleichen Sünden oder Unterlassungssünden

überführt würde, so melden sich gleich tausend Stimmen der Verteidigung: ein Künstler! Ja, wer setzt von einem Künstler kämpferischen Geist voraus, da er doch in einer so ganz anderen Welt lebt. Wie kann sein nur dem Schönen und Großen erschlossenes Gemüt mit der Wirklichkeit anders fertig werden, als indem er sich gegen sie abschließt und sich im Leben dorthin wendet, wo der geringste Widerstand ist? Von einem Künstler, so sagen seine Verteidiger, kann man keine Weltanschauung oder gar ein Opfer für sie verlangen.

Wenn ein Bühnenarbeiter die Kulissen zu „Wilhelm Tell" aufstellt und während des Rütlischwurs mit Spitzeln fraternisiert und sich von ihnen mißbrauchen läßt, so ist er ein Lump sein Leben lang, und kein Regen wäscht ihm das ab.

Wenn aber der Schauspieler, der droben auf der Bühne ausruft: „Frei sind die Hütten, sicher ist die Unschuld!" —, wenn er dasselbe täte wie der Bühnenarbeiter, so haben wir es gleich mit einem ganzen Chor von Verteidigern zu tun: ein Künstler! Ja, wer erwartet denn von einem Schauspieler die großartige Charakterdarstellung anderswo als auf der Bühne!

Von einem Schuster und einem Schneider setzt man voraus, daß er, bei einigermaßen normalem Gehirn, die Vorgänge in seiner Umgebung wahrnimmt und danach sein Verhalten einrichtet. Bei ihm heißt ein Verbrechen gegen die Menschenwürde ein Verbrechen gegen die Menschenwürde.

Bei dem Dirigenten dagegen, der, wenn er den Taktstock hebt, des Schusters Schuhe und des Schneiders Anzug trägt, bei ihm mißt man mit anderen Maßen. Ihm soll gestattet sein, tagsüber auf dem Bauch vor Agenten der Diktatur zu liegen, ihre Lehre wie den Katechismus nachzubeten — und abends die „Eroica" zu dirigieren. Ein Künstler! Ja, du lieber Gott, wer erwartet denn von einem Künstler, daß ...

Damit schafft man vom Künstler einen Begriff, der ihn tief unter seine geistigen Vorfahren, die Gaukler auf mittelalterlichen Jahrmärkten und die konzessionierten Hofnarren, stellt. In einem Wort, man proklamiert für den Künstler das Recht auf Schwachsinn.

Er, dem offene Augen, Erkenntnis, Kraft der Darstellung durch Wort und Schrift gegeben ward; er, der als Sachwalter von Schillers Freiheitsdrang und Shakespeares Weisheit anzusehen ist; er, dessen Händen die Unsterblichkeit Beethovens anvertraut scheint — sie alle sollten ohne das auskommen, was den Menschen erst zum Menschen macht: klare Gesinnung und saubere Hände?

Höchste Aufgabe der Kunst ist es doch wohl, den Menschen zu erziehen, zu bilden. Wie aber, wenn der Mittler unserer Erziehung selber ein Unerzogener ist? Was kann uns denn ein Mensch bieten, durch dessen Persönlichkeit der Riß der Gesinnungslosigkeit geht? Wie sollten wir dann an das glauben, was er an uns heranträgt? Ist es nicht viel mehr, als lästere er Schiller und vergehe sich an Beethoven?

Hier soll nicht die Rede sein von jenen, deren Untaten die Gerichte beschäftigen oder doch beschäftigen sollten. Für sie hat man nicht einmal Kritik.

Doch eine dritte Kategorie von Künstlern sollten wir nicht aufgeben und totschweigen. Es sind die, die da sagen, daß sie ganz und gar unpolitisch sind, es immer waren und immer sein werden. Sie wollen nur ihrer Kunst leben und jede wie immer geartete Weltanschauung ist ihnen gleichgültig. Und wenn dann noch zitiert wird, daß Kunst nicht „auf den Zinnen der Partei" gedeihen kann, so sieht das fürs erste nach einem recht guten Argument aus.

Aber wie jeder aufrechte Mensch muß auch jeder aufrechte Künstler „ja" oder „nein" sagen können zu dem, was um ihn herum vorgeht, was die Welt fortbewegt oder zurück-

Wir und der Antisemitismus

Wenn wir heute ein paar Worte über unsere Stellung zum Antisemitismus sagen, so geschieht dies nicht deshalb, weil uns ein unmittelbarer Übelstand dazu zwingt, sondern aus prinzipiellen Gründen, weil wir die Stellung der sozialistischen Freiheitskämpfer zum Rassenwahn und Rassenhaß einmal präzisieren wollen.

Unsere Stellung zum Antisemitismus ist klar bestimmt durch den ethischen Grundgehalt der sozialistischen Lehre. Die großen Lehrmeister des Sozialismus haben die Grundsätze der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Gleichheit aller vor dem Gesetz und viele andere grundlegende Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht etwa erfunden, sondern sie stammen vielmehr letzten Endes aus der so überaus fruchtbaren Philosophie der Aufklärungszeit und wurden von den Sozialisten nur in das Lehrgebäude des Sozialismus aufgenommen und exakter formuliert. Es sind uralte Grundsätze des besten Handelns, die sich immer wieder bewährt haben und für das soziale Sein als unentbehrlich erkannt worden sind. Schon in den frühesten Zeiten der Entwicklung des Sozialismus als einer Massenbewegung finden wir neben den Bestrebungen, den wirtschaftlich Schwachen vor Ausbeutung zu schützen und der Forderung nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel (den Kardinalfragen des modernen Sozialismus), auch die Forderung nach einer Beseitigung des Rassenvorurteils, das nationalistischen und klerikalen Demagogen lange Zeit hindurch auch in Österreich dazu gedient hat, die Werktätigen über die wahren Ursachen der sozialen Not hinwegzutäuschen. So war es um die Jahrhundertwende, als sich in Österreich der Antisemitismus zum erstenmal organisierte, so war es in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, als die Naziagitation einsetzte, und dann in den Zeiten der erbarmungslosen Inflation und Arbeitslosigkeit; schließlich aber führten sich die Pogromisten selbst ad absurdum. Hat etwa nach der Ausschaltung des jüdischen Unternehmertums die Ausbeutung aufgehört? War es nicht vielmehr so, daß sich an die Stelle des bisherigen jüdischen Unternehmers ein auf seinen persönlichen Vorteil überaus bedachter „kommissarischer Verwalter" oder „Ariseur" gesetzt hat, um den Betrieb nach übelster Räubermanier auszuplündern? Ging es den im Solde des Großkapitals stehenden Kreaturen nicht allein um die Ausschaltung einer unangenehmen Konkurrenz? War es nicht so, daß sich schließlich selbst die Nazistaatsführung unter allgemeiner Heiterkeit der breiten Öffentlichkeit dazu bequemen mußte, die „weißen Juden" in die Schranken zu weisen?

schrauben will. Ob er sein „Ja“ oder „Nein“ laut oder nur ganz zuinnerst sagt, das ist seine Sache. Wir sind nicht alle zu Helden oder zu Märtyrern geboren. Aber die Pflicht einer klaren Entscheidung obliegt dem Künstler wohl zuallererst und mehr als irgendeinem anderen Menschen.

Denn niemand braucht so sehr wie er für sein Schaffen und für seine Entwicklung die Freiheit. Sie ist sein Nährboden. Nimm dem Künstler die Freiheit, und er wird eine dahinwelkende Schnittblume. Diejenigen aber, die sich um Politik gar nicht kümmern, die nichts anderes sein wollen als nur Künstler, scheinen zu erwarten, daß es immer die anderen sein sollen, die ihnen den Nährboden ihrer Existenz zu erkämpfen und gratis zu liefern haben. Die Rechte auf Freiheit zu wahren, damit mögen sich nur die Setzer in der Druckerei, die Kulissenschieber im Theater, die Schuster und die Schneider abgeben — wie käme der Künstler dazu?

Meine sehr verehrten Kollegen von dieser oder jener Fakultät: Versuchen Sie doch einmal bei einem Bankhaus Zinsen zu verlangen für ein Kapital, das Sie nie eingelegt haben. Das kommt Ihnen unsinnig vor, wie? Ist es nicht noch viel unsinniger, die Zinsen der Freiheit einstreichen zu wollen, wenn Sie an Leistungen für sie nicht das mindeste aufzuweisen haben?

Unsere Jahreshauptversammlung*)

Unsere Genossin Jochmann eröffnete die Versammlung. Sie begrüßte die Delegierten aller Bundesländer und die Gäste, insbesondere die Genossen Schärf, Jonas und Deutsch, und verlas Begrüßungsschreiben der Genossen Körner, Maisel, Helmer, Waldbrunner und Tschadek. Vor Eingang in die Tagesordnung hielt sie den im Jahre 1950 verstorbenen 29 Genossen unseres Bundes einen Nachruf, den die Versammlung stehend anhörte.

Die Begrüßungsansprachen

In seiner Begrüßungsansprache gab Genosse Schärf einen kurzen Überblick über die derzeitige weltpolitische Lage. Seit Beginn des Koreakrieges ist die Welt von der Angst geplagt, daß der Kalte Krieg, der zwischen den Großmächten herrscht, in einen heißen Krieg umschlagen könnte. Wenn es gelingt, in den nächsten Monaten den Frieden zu erhalten, dann wird ein Gleichgewicht der Kräfte hergestellt sein, durch das ein dauernder Friede gesichert werden kann. Während sich in Paris die Vertreter der vier Großmächte über den Wortlaut der Tagesordnung für eine kommende Außenministerkonferenz nicht einigen können, ist in London ein kleines Komitee von Sozialisten zusammengetreten, das eine bedeutende Einigung zustande gebracht hat: Die Sozialistische Internationale soll wiedererstehen und alle Parteien des demokratischen Sozialismus in der Welt sollen ein gemeinsames Programm annehmen und anerkennen.

Während sich die Staatsmänner der Welt noch um den Frieden streiten, bildet sich unter den Sozialisten aller Länder etwas Neues und Großes. Wir sind überzeugt, daß dieses Neue, Große das Welterlösende sein wird.

Es scheint uns manchmal, als ob die Friedensarbeit des Sozialismus zu langsam ginge; das kommt aber nur daher, daß unser Blick nur ins Kleine geht; im Großen sehen wir aber, daß der Sozialismus in der Welt im Vorwärtsstürmen ist.

Genossin Jochmann dankte dem Genossen Schärf namens der Versammlung und versicherte ihm, daß der Sinn und Zweck unserer Arbeit nur der ist, unsere Sozialistische Partei zu stärken und die Demokratie in unserem Lande zu festigen und zu verteidigen gegen jedermann.

Genosse Jonas begrüßte sodann die Versammlung als Obmann der Wiener Landesorganisation der SPÖ. Er sagte:

Es drängt mich, Sie bei dem heutigen Anlaß im Namen der Wiener Organisation zu begrüßen, besonders, weil ich Ihnen aus der Erfahrung der illegalen Zeit und aus der Erfahrung nach 1945 sagen muß, daß die Partei im Jahre 1945 nie einen so guten Start gehabt hätte, wenn nicht die Illegalen gewesen

*) Der Bericht konnte wegen der Arbeiten für die Bundespräsidentenwahlen nicht mehr in der Aprilnummer unserer Zeitung untergebracht werden.

Nicht umsonst hat Engelbert Pernerstorfer, dessen Geburtstag sich im Jahre 1950 zum hundertsten Male gejährt hat, den Antisemitismus als den „Sozialismus des dummen Kerls“ bezeichnet. Selten hat dieses Wort eine so eindrucksvolle Bestätigung erfahren wie im Dritten Reich, wo die der Naziparole gedankenlos Verschworenen bald erkennen mußten, daß man ihre Dummheit in der niederträchtigsten Weise mißbrauchte. Die Welterlöserphrasen der Nazigewaltigen waren kaum verstummt, als bereits die tiefe Enttäuschung aller noch einigermaßen Denkfähigen über diese Art von „Sozialismus“ hereinbrach. Sie wandten sich mit Grausen von einem „Sozialismus“, der nichts war als ein leeres Wort, ein Aushängeschild für Gauner und Karrieremacher, ein „Sozialismus“, der zwar das jüdische Unternehmertum ausschaltete, dafür aber den Machtbereich der „arischen“ Unternehmer ins maßlose, bis zum Sklavenhaltertum, steigerte.

Wessen der Rassenhaß fähig ist, haben wir im Dritten Reich zur Genüge kennengelernt. Als sich die Konzentrationslager öffneten, als überlebende Opfer des Regimes ihre Stimme wieder erheben durften, haben wir erfahren, was sich in den sorgsam behüteten Gehegen der Vernichtungslager abgespielt hat. Das soll, das darf unter keinen Umständen je vergessen werden, schon darum, weil dieses Gedächtnis als ewige Mahnung vor den Augen jener stehen soll, die einst dem Haß ihre Stimme geliehen haben und so mitschuldig geworden sind.

Wir Sozialisten haben niemals nach der rassischen oder der religiösen Zugehörigkeit der Menschen gefragt. Einer die ganze Menschheit umfassenden sozialistischen Gemeinschaft ziemt es nicht, die Menschen nach ihren rein zufälligen Merkmalen zu betrachten. Diese sind weder ein Verdienst noch ein Übel. Es ist vielmehr die sittliche und gesinnungsmäßige Haltung, die uns verbindet, ein Band, das vielleicht niemals so stark geworden ist wie damals in den Tagen der Schmach und des Leids.

Mit Abscheu erinnern wir uns der akademischen Helfershelfer der braunen Tyrannis, die sich nicht entblödete, das Werk bedeutsamer Dichter, Naturforscher, Historiker und Philosophen, Musiker und bildenden Künstler einfach nur deshalb zu disqualifizieren und zu ächten, weil es sich um Bürger jüdischer Herkunft gehandelt hat. Unauslöschlich ist und bleibt die Schande, die auf jenen lastet, die sich nicht scheuten, einer „jüdischen Mathematik“, einer „jüdischen Physik“, einer „jüdischen Psychologie“ eine „deutsche“ Mathematik, Physik und Psychologie entgegenzusetzen. Schande über die Philosophaster, die von einem „neudeutschen Idealis-

(Fortsetzung auf Seite 11)

wären. Das ist das historische und unbestreitbare Verdienst der illegalen Bewegung und aller Genossen, die in diesen Jahren in der Partei gearbeitet haben. Welche Aufgabe haben die illegalen Kämpfer von damals noch heute in der Partei? Die Partei braucht auch heute noch ein Rückgrat. In einer Zeit, in der die Partei als Massenpartei jeden aufnimmt, der zu ihr kommt, können auch manche unerwünschte Elemente kommen. Die Kämpfer nach 1934 müssen darüber wachen, daß die Partei das bleibt, was sie immer war: Die Kampfpartei, die den Kampf gegen jede Reaktion, aber für den Wohlstand des Volkes zu führen hat. Der Kampfgeist war es, der uns in die Illegalität getragen hat, diesen Geist wollen wir auch als „Legale" bewahren, um ihn unserer Jugend weiterzugeben.

Genossin Jochmann dankte dem Genossen Jonas herzlich für seine Worte. Ihm und der Wiener Landesorganisation der Partei müssen wir überdies danken, daß den Erfordernissen der Freiheitskämpfer stets so großes Verständnis entgegengebracht worden ist und wir alle wünschten sehr, daß auch die anderen Landesorganisationen sich des gleichen Verständnisses befleißigen möchten, soweit sie es nicht schon jetzt tun.

Genosse Deutsch begrüßte die Versammlung als Freiheitskämpfer für Österreichs und Spaniens Demokratie. Er beschäftigte sich mit dem Kampf im Februar 1934 und sagte, daß der Wille zum Widerstand gegen die hochkommende Reaktion damals schon lange in den Schutzbündlern lebendig war. Daß man Fehler machte, wäre in der Geschichte nicht so wichtig; die Tat selbst war es, die uns hinausgetragen hat über den Alltag und eingetragen in das Buch der Geschichte. Der Bund der Sozialistischen Freiheitskämpfer ist deswegen so wichtig, weil diese Organisation den Geist aufrechterhält, im entscheidenden Moment der Reaktion entgegenzutreten.

Genossin Jochmann dankte dem Genossen Deutsch für die Begrüßung und ging nun in die Tagesordnung ein.

Es folgte die Wahl des Wahlkomitees. In dieses wurden die Genossen Marsal, Cäsar, Bernstein, Karl und Stehlik entsendet. Die Versammlung nahm diesen Vorschlag einstimmig an und die Wahlkommission zog sich zur Beratung zurück.

Der Tätigkeitsbericht

Nunmehr übernahm Genosse Mark den Vorsitz und Genossin Jochmann erstattete den Tätigkeitsbericht. Der Bund hat im vergangenen Jahr seine Tätigkeit auf allen Gebieten erfüllt. Wir waren bei allen Gedenkfeiern mit Delegationen vertreten, haben gemeinsam mit der Partei im Konzerthaus eine große Feier zum Gedenken an den 12. Februar 1934 veranstaltet. Durch wiederholte und zahlreiche Interventionen im Sozialministerium haben wir vielen Mitgliedern zum Erfolg verholfen. Wir haben aber auch protestiert, wo der Neofaschismus versucht hat, die ruhige Entwicklung unseres Landes zu stören. Wir könnten dies in noch größerem Umfange tun, wenn die Genossen in den Bundesländern uns über alle Vorkommnisse dieser Art unterrichten würden. Unser Bund kann wohl keine große Organisation werden, weil wir den Gedanken hochhalten müssen, daß Mitglied unseres Bundes nur sein kann, wer sich in der Zeit zwischen 1934 und 1945 zum Sozialismus bekannt hat. Unsere Mitglieder sollen zugleich aber auch Mitarbeiter in der Sozialistischen Partei sein, und so mithelfen, den Gedanken des Sozialismus in die breiteste Masse des Volkes zu tragen.

Da Genosse Trimmel, der Redakteur unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer", dienstlich außerhalb des Landes war und selbst den Bericht über die Zeitung nicht geben konnte, richtete Genossin Jochmann an die Anwesenden den Appell, an unserer Zeitung noch mehr als bisher mitzuarbeiten und insbesondere Artikel auch aus den Bundesländern zu schicken. Unser „Kämpfer", der weit über die Grenzen unseres Bundes hinaus gelesen wird, könnte noch lebendiger werden, wenn er noch mehr Informationen und Kurzberichte aus den Ländern erhielte.

Als sich 1945 die Kerker- und KZ-Tore öffneten und die Freiheitskämpfer legal in der Partei mitarbeiten konnten, haben wir im Drange dieser Arbeit versäumt, aufzuschreiben und festzuhalten, was zwischen 1934 und 1945 illegal gearbeitet wurde. In Amerika ist zwar ein Buch von Puttinger erschienen, das auch über die Revolutionären Sozialisten schreibt. Wir brauchten uns heute mit diesem Werk nicht zu beschäftigen, wenn w i r bereits ein Werk geschaffen hätten, das die Opferbereitschaft des österreichischen Proletariats in Erinnerung hält. Ein solches Werk sind wir der Gegenwart, aber noch mehr der Zukunft schuldig und wir wollen nunmehr den Versuch unternehmen, ein solches Buch zu schreiben.

Ich fordere daher alle Genossen in Wien und in den Bundesländern auf, sich hinzusetzen und niederzuschreiben, was sie zwischen 1934 und 1945 an illegaler Arbeit geleistet haben, welche Haftzeiten sie verbüßten und in welchen Formen sich

Resol

„Die Jahreshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in Vertretung der Interessen der vom grünen und braunen Faschismus Geschädigten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie erhebt die Forderung, daß die berechtigten Wünsche der Opfer des Faschismus endlich Erfüllung finden müssen.

Sie bezeichnet als besonders dringend die Entschädigung aller Opfer des Faschismus für erlittene Haft und andere im Zusammenhang mit Maßnahmen der Polizei, Gerichte und anderer Behörden und Gliederungen entstandene materielle Schäden (Hinrichtungs-, Haft-, Gerichtskosten usw.). Es ist unverständlich, daß das, was unseren Leidensgefährten in Deutschland längst zuerkannt wurde, uns in Österreich noch immer versagt bleibt! Es wird aber ganz besonders unerträglich dadurch, daß über Anordnung der amerikanischen Militärstellen den Nationalsozialisten, die in Glasenbach oder anderswo interniert waren, nun 80 Cent pro Tag als Arbeitsentschädigung gegeben werden. Selbstverständlich sollen auch ehemaligen Faschisten die ihnen auf Grund unserer österreichischen demokratischen Gesetze zustehenden Rechte nicht vorenthalten werden, denn wir sind Demokraten. Aber die Versammlung verweist darauf, daß Nachzahlungen an wiedereingestellte früher nationalsozialistische Beamte des Bundes, der Länder und der Gemeinden ihre moralische Rechtfertigung verlieren, wenn demokratischen und sozialistischen öffentlich Angestellten, die entgegen österreichischen Gesetzen und der österreichischen Verfassung von ihren

der Kampf gegen Reaktion und Dunkelmännertum abspielte usw. Diese Berichte bitten wir, uns einzusenden.

Denn ein solches Werk kann nur geschaffen werden, wenn wirklich alle ernstlich daran mitarbeiten.

Abschließend sagte Genossin Jochmann:

Es hat sich gezeigt, daß in dem Moment, als die Partei verboten wurde, nur eine relativ kleine Zahl von Menschen sich bereit erklärte, den Gedanken des Sozialismus weiterzutragen, niemand hat es ihnen

lution

Dienstplätzen vertrieben worden sind, die Anerkennung ihrer Forderungen versagt wird.

Auch die Frage des erblosen Eigentums, des Härteausgleiches, der Rückgabe von Mietrechten an Lokalen und Wohnungen an direkte und indirekte Opfer des Faschismus, Verbesserungen des Opferfürsorgegesetzes, des Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes und anderer einschlägiger Bestimmungen werden von Tag zu Tag dringlicher. Jede Verschlechterung in der Durchführung bestehender Gesetze und der Handhabung der Verwaltungsanordnungen muß unter allen Umständen abgewehrt werden.

Alle diese Probleme sollen und müssen gelöst werden im Sinne des vom Bundeskanzler vor langer Zeit gegebenen Versprechens, bevor weitere Erleichterungen für ehemalige Nationalsozialisten möglich werden.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer verlangen die rascheste Bereinigung dieser Fragen, weil nur dann eine wirkliche Befriedung unseres Voskes erzielt werden kann.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer kämpfen für Demokratie, für Recht und Freiheit für alle Österreicher, auch für irregeleitete Mitläufer und gutgläubige Kämpfer, die eines guten Willens sind. Sie verlangen aber unbeugsamen Kampf gegen Kriegsverbrecher und Unbelehrbare auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Um diesem Standpunkt zum Siege zu verhelfen, verpflichten sich die sozialistischen Freiheitskämpfer, alle Kraft einzusetzen für den Kampf der Partei, die ihn allein im öffentlichen Leben vertreten kann, für den Kampf und den Sieg der Sozialistischen Partei Österreichs."

befohlen und nur aus Idealismus haben sie den Geist des Sozialismus wachgehalten und weitergetragen. Es ist nicht wahr, daß unser Bund keine Anerkennung in der Partei fände, denn am letzten Parteitag wurde

unser Bund als Parteiorganisation anerkannt

und wir haben das Delegationsrecht zum Parteitag erhalten. Darum wollen wir auch als Funktionäre der Partei alle unsere Kraft zur Verfügung stellen und für die Sache des Sozialismus arbeiten.

Genosse Mark berichtete über den derzeitigen Stand der Beratungen jener Gesetze, die für uns von Wichtigkeit sind, wie die Haftentschädigung, die Novellierung des Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes, die 6. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, die Wiedergutmachung der öffentlich Angestellten und den Härteausgleich. Im Zusammenhang mit diesem Bericht wurde die nebenstehende Resolution einstimmig angenommen.

Nach der Annahme dieser Resolution brachte Genosse Flußmann den Kassenbericht. Der Obmann der Kontrolle, Genosse Blei, berichtete über die Überprüfung der Gebarung und stellte den Antrag, dem scheidenden Vorstand die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Es folgte nun das Referat „Kultur und Demokratie" des Genossen Felix Hubalek. Er besprach den Einfluß der neofaschistischen Reaktion auf Radio, Film, Literatur und Theater; gerade hier war der Boden, auf dem der Faschismus groß geworden ist. Der Kampf auf dem Gebiet der Kultur ist ein Kampf für die Freiheit der Menschen und den gerade wir Freiheitskämpfer führen müssen. Genosse Hubalek kam dann im besonderen auch noch auf die geplante Aufführung des Films „Unsterbliche Geliebte" zurück, dessen Regisseur Veit Harlan ist. Nach den Berichten und dem Referat des Genossen Hubalek entwickelte sich eine eingehende Debatte.

Als nächster Punkt der Tagesordnung folgten die Neuwahlen. Das Wahlkomitee schlug die nachfolgend angeführten Genossen vor:

Mitglieder des Bundesvorstandes:

Franz Adelpoller, Franz Fleck, Friedrich Flußmann, Ernst Hein, Ludwig Heinemann, Rosa Jochmann, Wilhelm Krell, Karl Mark, Rudolfine Muhr, Hans Schiller, Rudolf Trimmel, Otto Wolken.

Mitglieder der Kontrolle:

Robert Blau, Karl Blei, Franz Heigelmayr, August Jarosik, Helene Potetz.

Erweiterter Vorstand:

Josef Pfaller (Niederösterreich), Franz Labek (Oberösterreich), Ludwig Pirkhofer (Steiermark), Hans Richter (Kärnten), Josef Voithofer (Salzburg), Fritz Robak (Burgenland), Walter Gerstenbräun (Tirol).

Schiedsgericht:

Andreas Liberda, Philomena Haas, Paul Pollak, Frieda Nödel.

Die vorgeschlagene Liste wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Mit dem Absingen der Internationale wurde die Konferenz geschlossen.

Nach Schluß der Konferenz fand die Konstituierung statt, bei welcher Genossin Jochmann zum ersten Obmann, Genosse Mark zum zweiten Obmann, Genosse Flußmann zum Kassier und Genosse Fleck zum Schriftführer gewählt wurden.

Am Vorabend der Hauptversammlung, am Freitag, dem 9. März, hatte der Bund seinen diesjährigen „Ball in Rot" veranstaltet, der sich eines zahlreichen Besuches erfreute und an dem auch die Delegierten aus den Bundesländern teilnahmen. Der „Ball in Rot" war kein Ball im gewöhnlichen Sinn des Wortes, sondern das Fest des Zusammentreffens einer großen Familie, bei dem viele Erinnerungen aus der Zeit der Verfolgung ausgetauscht und die Aufgaben des Tages und der Zukunft besprochen und diskutiert wurden.

Am Sonntag, dem 11. März, begaben sich die Delegierten der Bundeshauptversammlung auf den Zentralfriedhof und legten am Mahnmal für die Opfer des Faschismus einen Kranz nieder.

Nachher fand eine Führung durch „Das neue Wien" statt, die den Delegierten aus den Bundesländern ein Bild von dem Aufbauwillen und dem Kampfgeist der Sozialisten in Wien geben sollte und alle Teilnehmer mit sichtlicher Befriedigung erfüllte.

Wichtige gesetzliche Änderungen für Rentenbezieher nach dem OFG.

Durch die 6. Novelle des OFG. und durch die Novellierung des KOVG. treten folgende wesentliche Änderungen in der Berechnung der Opferrente, Hinterbliebenenrente, Zusatzrente und Unterhaltsrente ein.

a) Opferrente

Die Opferrente beträgt bei M. d. E.

	S		S
von 30%	**25.—**	bisher	20.—
„ 40%	**35.—**	„	25.—
„ 50%	**100.—**	„	70.—
„ 60%	**140.—**	„	90.—
„ 70%	**190.—**	„	150.—
„ 80%	**230.—**	„	180.—
„ 90% und mehr	**350.—**	„	280.—

Die Zusatzrente beträgt bei M. d. E.

	S		S
von 50 und 60%	**140.—**	bisher	110.—
„ 70 „ 80%	**210.—**	„	165.—
„ 90% und mehr	**300.—**	„	240.—
Frauenzulage	**40.—**	„	25.—
Kinderzulage f. jed. Kind	**40.—**	„	25.—

Der Meßbetrag für die Zusatzrente beträgt **S 775.—**, bisher S 520.—.

Dieser Betrag erhöht sich für versorgungspflichtige Ehegatten und Kinder um je **S 40.—** bisher S 25.—.

Die Zusatzrente wird gewährt, soweit das Einkommen ohne Opfer- und Zusatzrente den Meßbetrag nicht erreicht. Ist die Differenz zwischen Einkommen und Meßbetrag geringer als die Zusatzrente, so besteht der Anspruch auf eine Teilzusatzrente bis zur Höhe des Meßbetrages.

Pflege- und Blindenzulage	S		S
Stufe I	**240.—**	bisher	165.—
Stufe II	**360.—**	„	205.—
Stufe III	**480.—**	„	245.—
Stufe IV	**600.—**	„	285.—

Bei Gewährung der Pflege- und Blindenzulage wird die Zusatzrente unabhängig von einem eventuellen Einkommen gewährt.

b) Hinterbliebenenrente

	S		S
Die H. R. beträgt ausnahmslos	**125.—**	bisher	100.—
Die Z. R. f. Hinterbliebene beträgt	**150.—**	„	120.—
Der Meßbetrag beträgt	**580.—**	„	400.—
Dieser Betrag erhöht sich für jedes waisenrentenberechtigte Kind um	**40.—**		

Auch hier wird die Zusatzrente gewährt, soweit das Einkommen den Meßbetrag ohne Hinterbliebenenrente und Zusatzrente nicht erreicht.

c) Unterhaltsrente

	S		S
Die U. R. f. Opfer, hinterbliebene Elternpaare u. männl. Empfänger v. Elternrenten beträgt	**616.—**	bisher	491.—
für alle übrigen Hinterbliebenen	**541.—**	„	461.—
Erziehungsbeitrag f. jedes versorgungsverpflichtete Kind v. Opfern	**55.—**	„	40.—

Wichtige Forderungen auf Grund dieser Änderungen

Nicht alle Änderungen werden automatisch von Amts wegen durchgeführt. In nachfolgend angeführten Fällen muß der Rentenbezieher bei der Opferfürsorgestelle der zuständigen Landesregierung die Erhöhung schriftlich beantragen:

1. Opfer, die Bezieher von Unterhaltsrenten sind und nicht die volle Unterhaltsrente bekommen, weil ihnen ein anderweitiges Einkommen eingerechnet werden muß, müssen um die Erhöhung einreichen, wenn sie von keiner anderen Stelle den Ausgleichsbetrag auf Grund des 5. Lohn- und Preisabkommens von S 125.— erhalten.

2. Hinterbliebene, die Bezieher von Unterhaltsrenten sind, müssen ebenfalls um die Erhöhung ansuchen, wenn sie bisher nicht den vollen Satz der Unterhaltsrente bekommen und von keiner anderen Stelle eine Erhöhung auf Grund des 5. Lohn- und Preisabkommens erhalten.

3. Alle Empfänger von Opfer- und Hinterbliebenenrenten, deren Einkommen niedriger ist als die vorher erwähnten Meßbeträge und die bisher keine Zusatzrente erhalten haben, müssen ebenfalls sofort um die Gewährung der Zusatzrente einreichen, jedoch ist Voraussetzung für die Gewährung der Zusatzrente bei Opfern eine 50prozentige M. d. E., bei Hinterbliebenen nur die Einkommenshöhe.

ACHTUNG!

Renten, die den Betrag von S 35.— monatlich nicht übersteigen, werden nur halbjährig, am 1. Mai und am 1. November (erstmalig am 1. November 1951) im vorhinein ausbezahlt.

Alle Renten, welche wegen der Einkommensgrenze oder wegen Vermögensbesitz geruht haben, leben ab 1. Juli 1951 wieder auf, da der § 108 des KOVG., wonach bei Einkommen von S 1500.— beziehungsweise S 800.— oder bei Vermögensbesitz die Renten zu ruhen haben, entfällt.

Erklärung der Abkürzungen: OFG. (Opferfürsorgegesetz), M. d. E. (Minderung der Erwerbsfähigkeit), H. R. (Hinterbliebenenrente), U. R. (Unterhaltsrente), KOVG. (Kriegsopferversorgungsgesetz), O. R. (Opferrente), Z. R. (Zusatzrente).

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

Krankengeldbezug gemäß § 12 des OFG.

Nach § 12 OFG. gebührt den Inhabern einer Amtsbescheinigung, soweit sie Opfer des Faschismus sind, Krankengeld in dem jeweils gesetzlich und satzungsgemäß vorgesehenen Höchstausmaß. Da diesbezüglich Unklarheiten bestanden, hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger nachfolgenden Erlaß gerichtet:

> Dem Bundesministerium für soziale Verwaltung ist bekannt geworden, daß an Inhaber einer Amtsbescheinigung, die vor dem 1. Oktober 1950 erkrankten, nach dem Inkrafttreten des 4. Lohn- und Preisabkommens nicht das hiedurch erhöhte Krankengeld zur Auszahlung gebracht wurde. Dadurch entstand für die in der Zeit vor dem 1. Oktober 1950 erkrankten Opfer, deren Krankheit noch nach dem 1. Oktober 1950 währte, eine Benachteiligung gegenüber jenen Opfern, die nach dem 1. Oktober 1950 erkrankten. Es wird gebeten, die entsprechenden Verfügungen zu treffen und hievon anher Mitteilung zu machen. Auf die Bestimmungen des § 12 OFG./1947 wird hingewiesen. (Erlaß vom 6. Juni 1951, Zl. AV 78.888—OF/51).

Durch diesen Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ist nicht nur die Höhe des Krankengeldes für die Besitzer der Amtsbescheinigung nach dem 1. Oktober 1950 geklärt, sondern auch für die Zeit nach dem 1. August 1951. Sämtliche Opfer des Faschismus, die im Besitze der Amtsbescheinigung sind, haben auch dann, wenn sie bereits vor dem 1. August 1951 Krankengeld bezogen haben, Anspruch auf das Höchstausmaß des Krankengeldes, und zwar ab 1. August 1951 monatlich 900 S.

Sollte ein Träger der Krankenversicherung die Auszahlung des Krankengeldes in dieser Höhe verweigern, dann ist auf vorstehenden Erlaß zu verweisen, der den Trägern der Krankenversicherung durch die Mitteilung Nr. 141 des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zugegangen ist.

*

Ein Arbeiterheim zurückgegeben

Ein Ereignis, das alle Genossen mit Genugtuung begrüßen, hat am 13. August die Favoritner Genossen bewegt: Das Arbeiterheim ist wieder frei.

Die sowjetische Kommandantur, die das Haus seit dem Jahre 1945 als Kaserne benützt hat — anstatt es gleich den Arbeitern zurückzugeben, wie nach der Vertreibung der Nazi gehofft worden ist —, ließ die Schlüssel durch einen Offizier an den Genossen Wrba übergeben und ein entsprechendes Protokoll verfassen. Nun wehen nach 17 Jahren wieder unsere Fahnen auf dem Hause, das der Wiener Arbeiterschaft beinahe so Symbol geworden ist wie das ehemalige Ottakringer Arbeiterheim.

*

Schluß mit dem Berghof-Spuk

Der Berghof Hitlers auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, der von den gerissenen Geschäftemachern schon zu einer Art „Wallfahrtsort" für die Nazi und Neofaschisten aller Schattierungen gemacht worden ist, soll nun, einem Beschluß der bayrischen Regierung gemäß, gänzlich geschleift werden. Den als Andenkenjägern getarnten Ewiggestrigen aus dem unlängst vor die Hunde gegangenen 1000jährigen Reich wird dadurch endlich das Handwerk gelegt.

*

Aus dem Nachlaß Kraulands

Die Staatsanwaltschaft Wien 1 hat gegen Ministerialrat Dr. Leo Hintze einen Haftbefehl erlassen. Dr. Hintze wurde noch am 20. Juli 1951 verhaftet und dem Gefangenhaus des Landesgerichtes I überstellt. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der §§ 101 und 102 c Strafgesetz, das ist Mißbrauch der Amtsgewalt unter besonderen Bedingungen.

Ministerialrat Dr. Hintze war früher im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung tätig und übersiedelte nach dessen Auflassung ins Bundesministerium für Finanzen, Abteilung „Vermögenssicherung".

Dieser Nummer liegt ein Erlagschein bei

(Fortsetzung von Seite 7)

mus" schwatzten, der dem jüdischen Skeptizismus und Relativismus der Spinoza, der Freud und Einstein entgegengehalten werden müßte! Schande über die Literaturpäpste von Hitlers Gnaden, die mit ihren unsauberen Händen darangingen, die Literaturgeschichte von „jüdischen" Dichtern wie Heine, Börne und Schnitzler zu „reinigen"!

Unter den im Dritten Reich Verfemten gab es viele schöpferische Persönlichkeiten, deren Werk kaum jemals vermißt werden kann. Sie trugen dazu bei, unser Weltbild zu formen, viele waren Ärzte, die die Menschheit vor unabsehbarem Leid bewahrt hatten, oder Erfinder, deren Entdeckungen man sich wohl zunutze machte, deren Name aber nicht genannt werden durfte und aus den Annalen der Wissenschaft gelöscht worden ist. Hier wurde mit aller Klarheit der Unsinn und die abgrundtiefe Barbarei der Purifikatoren offenbar.

Wir Sozialisten fragen nicht nach Rasse und Religionsbekenntnis. Uns ist jeder willkommen, der bereit ist, am Neubau der Gesellschaft mitzuwirken, und wir werden uns immer mit aller Macht gegen jene wenden, die aus den Menschen nichts anderes machen wollen als willenlose Werkzeuge atavistischer Instinkte. Mit Abscheu hörten wir, daß in gewissen Teilen Deutschlands unbelehrbare Schurken am Werke sind, die in ihrem Haß selbst vor Gräbern nicht haltmachen, Grabsteine jüdischer Mitbürger umwerfen und besudeln, Boykottparolen gegen verdienstvolle Ärzte inszenieren, nur weil sie jüdischer Herkunft sind, und auch sonst zum Unheil Deutschlands in unrühmlicher Weise von sich reden machen.

Wir sind froh darüber, daß solche Vorkommnisse in Österreich unmöglich geworden sind. Aber wir werden darüber hinaus stets wachsam sein, daß es auch so bleibe.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer des „Sozialistischen Kämpfers" haben folgende Genossen teilgenommen:

Ludwig Eldersch, Friedrich Flußmann, Ernst Hein, Felix Hubalek, Erwin Sauczek, Rudolf Trimmel, Anna Waldeck

Die Toten vom KZ Sachsenhausen

Die „Nederlandse Verenigung van ex-politieke Gevangenen", Sitz Heemstede bei Haarlem (Holland), ersucht um folgende Veröffentlichung:

Die kürzlich in verschiedenen europäischen Zeitungen publizierte Meldung über die aufgefundenen Teile der Totenlisten des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen-Oranienburg bedarf einer Richtigstellung. Der ehemalige politische Gefangene in Sachsenhausen Joop Zwart, nach der Befreiung eine Zeitlang Leiter des Niederländischen Roten Kreuzes in Berlin, hat die Totenlisten nicht aus gewinnsüchtigen oder anderen absprechenden Absichten sichergestellt, verwahrt oder verwertet, sondern diese für die Hinterbliebenen so wertvollen Dokumente allen in Betracht kommenden Stellen seit Jahren uneigennützig überlassen. Zur Zeit ist die weitere Einsichtnahme deshalb nicht möglich, weil zwischen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und dem Niederländischen Ministerium für soziale Verwaltung erst die Frage des neuen Aufbewahrungsortes zu klären ist.

Die Rückstellungsverfahren im April

Der Neuanfall nach dem Ersten Rückstellungsgesetz betrug im April 1951 im ganzen Bundesgebiet 21, die Gesamtzahl der bisher bei den Finanzlandesdirektionen nach diesem Gesetz überreichten Anträge 11243; hievon standen am 30. April noch 1622 Anträge in Behandlung.

Auf Grund des Zweiten Rückstellungsgesetzes wurden im April nur zwei Anträge (in Wien) überreicht, drei bei der Finanzlandesdirektion Graz auf Grund dieses Gesetzes anhängig gemachte Rückstellungsverfahren wurden in den Stand nach dem Ersten Rückstellungsgesetz überstellt. Von den bis 30. April im ganzen Bundesgebiet insgesamt eingebrachten 1181 Anträgen standen an diesem Tage noch 350 in Behandlung, 23 waren noch nicht in Behandlung genommen. Im Bundesministerium waren von Berufungen noch 35 nach dem Ersten und 23 nach dem Zweiten Rückstellungsgesetz offen.

Der Zuwachs an neuen Anträgen nach dem Dritten Rückstellungsgesetz betrug bei den Rückstellungskommissionen 129 (Wien 77, Graz 40, Linz 8, Innsbruck 4); Gesamtzahl der bisher eingebrachten Anträge: 27.717. Hievon waren am 30. April noch 6377 offen.

An die Rückstellungsoberkommissionen gelangten neu im Vormonat 119 Fälle (insgesamt bisher 6950); am Stichtage waren noch 172 Fälle offen.

Bei der Obersten Rückstellungskommission betrug der Neuanfall im April 39 (insgesamt bisher 1430 Fälle), offen waren noch 44 Fälle.

Die Zahl der bei den Bezirksverwaltungsbehörden gemäß § 13, Abs. II, des Dritten Rückstellungsgesetzes angemeldeten Vergleiche, Verzichte und Anerkenntnisse stieg im Vormonat von 7934 auf 8042.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Wichtige Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes

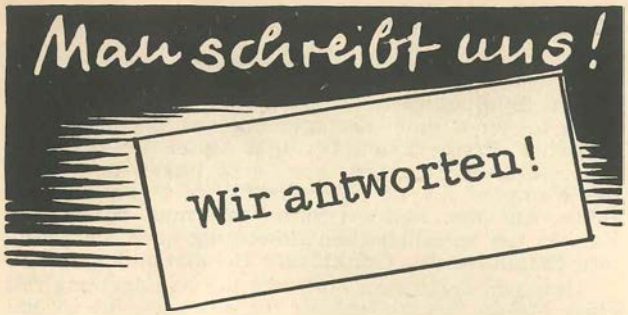
Erkenntnis vom 11. Mai 1950, Zl. 1116/49.

Unterhaltsgewährung. Nach § 11, Abs. 1, Zl. 2, des OFG., BGBl. Nr. 183/1947, wird zur Sicherung des Lebensunterhaltes an alle Inhaber einer Amtsbescheinigung auf die Dauer und in dem Ausmaße, als diese nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt in ausreichendem Ausmaße selbst zu bestreiten oder von anderen zur Alimentation gesetzlich heranziehbaren Personen zu erhalten, Unterhaltsrenten gewährt. Daraus ergibt sich zunächst, daß die Gewährung einer Unterhaltsrente nicht ins Ermessen der Behörde gestellt ist. Was als ausreichender Lebensunterhalt anzusehen ist, hat der Gesetzgeber bindend mit jenem Betrag festgesetzt, der dem steuerfreien Einkommen nach den einschlägigen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes entspricht.

*

Anmerkung der Redaktion: Es hat somit jeder Amtsbescheinigungsträger das Anrecht auf das Höchstausmaß der jeweils geltenden Höhe der Unterhaltsrente, soweit er kein anderes Einkommen hat — oder, wenn er ein Einkommen hat, die Ergänzung auf jenen Höchstsatz. Hiebei wird das Einkommen der Ehegatten mit 30 Prozent auf das eigene Einkommen in Anrechnung gebracht. Es liegt somit nicht im Ermessen des Amtes der Landesregierung und auch nicht der Rentenkommissionen, unter diesem Satze Unterhaltsrenten zu bewilligen.

Es werden bei einzelnen Landesämtern trotz dieser klaren Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes nicht immer die Höchstsätze der Unterhaltsrenten bewilligt, obwohl die Voraussetzungen gegeben sind. In diesen Fällen müssen die Anspruchswerber auf alle Fälle gegen den Bescheid rekurrieren.



Um die Opfer von Buchenwald und Sachsenhausen

Die Lagergemeinschaft Sachsenhausen, die Vereinigung ehemaliger politischer Schutzhaftgefangener des Konzentrationslagers Sachsenhausen-Oranienburg hat uns einen Brief zur Verfügung gestellt, der an einen ehemaligen Häftling gerichtet ist, dessen Name in der Presse wiederholt genannt worden ist. Wir veröffentlichen diesen Brief gern, um zur Klarstellung möglicher Mißverständnisse beizutragen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Mein lieber Joop!

Es gibt Zufälle: Gestern suchte ich in meiner dickangeschwollenen Mappe „Unerledigtes" irgendein Schreiben. Dabei stieß ich auch auf Deine mir Anfang des Jahres zugegangene Glückwunschkarte:

Alles Gute im neuen Jahr!

Bastiaan, Elizabeth, Joop Zwart.

Gut, dachte ich, daß ich auf diese Art Deine Heimatadresse wiederfinde — ich registrierte Dich noch als Delegat des Holländischen Roten Kreuzes in Berlin — und legte sorgfältig die Drucksache ab — für alle Fälle!

Wenige Stunden später hole ich beim Kolporteur „Die Neue Zeitung", Ausgabe München, vom 22. Mai 1951 und finde darin auf Seite 2, 5. Spalte, die Meldung:

„Todeskartei von Buchenwald und Sachsenhausen gefunden.

Aachen, 21. Mai (NZ). Zusammen mit etwa 150.000 zumeist Ausländer-Personal-Karteikarten der Lagerregistraturen von Sachsenhausen wurden von der Regierungsbezirkspolizei Aachen in der Wohnung des ehemaligen Sachsenhausen-Häftlings und holländischen Staatsbürgers Johannes Swaart die fast vollständigen Lagerkrankenbücher und Totenlisten dieser beiden ehemaligen NS-Konzentrationslager sichergestellt. Die Kranken- und Totenlisten sind auch bei den immer wiederkehrenden Vermerken „Auf der Flucht erschossen" von den Henkern unterschrieben, so daß diese jetzt einwandfrei überführt werden können.

Swaart, der als ehemaliger Karteiführer der SS-Lagerverwaltung in Buchenwald dieses Material beiseite geschafft hatte, war nach 1945 zeitweise bei der holländischen Militärmission in Berlin beschäftigt."

Die Meldung dürfte in dieser Form nicht richtig sein. Wenn Du aber tatsächlich dazu beigetragen haben solltest, die Todeskarteien von Sachsenhausen und Buchenwald zu retten, so werden Dir, lieber Joop, alle Überlebenden zutiefst dankbar sein. Vor allem bitte ich Dich herzlichst und dringendst, mich über den wahren Sachverhalt zu informieren.

Davon unabängig mache ich sofort den Vorschlag, daß diese Listen, nach Nationalität und Staatszugehörigkeit gesichtet und geordnet, möglichst bald veröffentlicht werden. Die Auswertung und Verwertung kann natürlich auch noch nach anderen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Das würde sich wohl nach den vorgefundenen Aufzeichnungen selbst ergeben. Deshalb scheinen mir diffizilere Vorschläge zunächst nicht angebracht. Die Listen — also nach irgendwelchen Gesichtspunkten hin zusammengestellt — müßten in Druck gegeben und als Buch oder broschiert herauskommen. Der Bezugspreis würde zweifellos alle in Betracht kommenden Kosten decken.

Bitte, meinen Vorschlag möglichst sofort mit Peter Lütsches, Walter Hammer usw. zu besprechen. Wir ehemaligen Lagerinsassen sind jedenfalls brennend daran interessiert, so rasch als nur irgend möglich Exemplare von diesen Listen bekommen zu können. An der Kostenfrage darf diese Weitergabe beziehungsweise Veröffentlichung unter keinen Umständen scheitern. Ich erwarte raschest Antwort.

Grüße an Dich, lieber Joop, und an Deine Lieben,

Dein W. Q.

Inzwischen hat die Nederlandse Verenigung van ex-politieke Gevangenen sich ebenfalls der Sache angenommen — wir veröffentlichen diese Mitteilung an anderer Stelle*) — und es ist zu erwarten, daß in Kürze ein Weg gefunden sein wird, um die Namenslisten der Toten von Buchenwald und Sachsenhausen in einer mehr zweckentsprechenden Form wieder allgemein zugänglich zu machen. Zahllose Angehörige erwarten noch immer Gewißheit über das Schicksal ihrer Lieben.

Inzwischen bitten wir, Anfragen von unseren Genossen entweder direkt oder über die betreffende Landesorganisation an unseren Bund zu richten.

*

Um unsere Zeitung

Werte Genossen! Ich schicke heute einen Artikel, den man vielleicht in unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer" veröffentlichen kann, weil uns die Genossin Jochmann in der letzten Jahreshauptversammlung gesagt hat, wir sollten damit beginnen, unsere Erinnerungen niederzuschreiben. Auch der Genosse Richard T., der ebenfalls Mitglied des Republikanischen Schutzbundes gewesen ist, wird Euch in ein paar Tagen etwas schreiben.

Unsere Zeitung gefällt mir sehr gut, und wir bei uns hier möchten nur, daß sie öfter erscheint, und auch mehr Aufsätze aus der Zeit des illegalen Kampfes gegen den grün-weißen Heimwehrfaschismus und die braunen Nazibanden bringt. Nicht nur die alten Genossen aus dem Schutzbund und den Revolutionären Sozialisten sind daran besonders interessiert, sondern auch viele unserer jungen Genossen. Und ich glaube, daß wir den jüngeren Genossen immer wieder aus der Zeit der faschistischen Unterdrückung erzählen sollten, damit sie vom Kampfgeist eines Weissel, Wallisch, Münichreiter und all der vielen anderen Kämpfer erfüllt werden.

Freundschaft! Euer K. L. (O.-Ö.)

*

Wir danken für den Brief und werden den Artikel, lieber Genosse L., gelegentlich abdrucken. Wir wollen uns bemühen, bis auf weiteres alle zwei Monate zu erscheinen.

Aber allen anderen Genossen wollen wir bei dieser Gelegenheit sagen, daß es sehr wertvoll wäre, möglichst viele Berichte aus eigenem Erleben zu bekommen. Macht auch die Genossen in den Sektionen und Organisationen auf unsere Zeitung aufmerksam und schreibt uns.

*) Vgl. S. 12.

ARBEITERBANK
AKTIENGESELLSCHAFT WIEN
Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte
Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung
Finanzielle Beratung
Wien I, Seitzergasse 2—4
Telephon: R 50-5-40 Serie
Filiale Graz: Annenstraße 24
Telephon: 33-63, 75-59

Denkt an die Opfer und die Hinterbliebenen!

Werte Genossen!

Lange habe ich es mir überlegt, ob ich diese Zeilen an Euch richten soll, denn es fällt mir wirklich schwer, diesen Hilferuf für mich und meine Leidensgefährten laut werden zu lassen. Aber wer so wie ich nur von einer Hinterbliebenen- und Unterhaltsrente leben muß, den hat das Ansteigen vieler wichtiger Verbrauchsgüter in den letzten Monaten schwer getroffen. Die Normalrenten sind so berechnet, daß man mit ihnen den notwendigen Lebensbedarf bei normalen Verhältnissen decken kann. Leider kann man aber unsere Verhältnisse nicht „normal" nennen und so ist die Not in den letzten Monaten bei uns immer größer geworden. Wir wissen, daß es bisher nicht einmal allen Gewerkschaften gelungen ist, die Löhne an die steigenden Preise anzupassen und daß die Kriegsopferversorgungs- und anderen Sozialrenten bisher auch keinerlei Abgeltung für die Teuerung erhalten haben. Gerade wir Opfer des Faschismus haben bisher immer bewiesen, daß wir für die Schwierigkeiten des Staates sehr viel Verständnis aufbringen. Jetzt ist unsere Not aber derart groß geworden, daß wir eine Überbrückungshilfe bis zu einer endgültigen Regelung fordern müssen. Trotz unserer Bescheidenheit können auch wir mit Recht erwarten, daß wir nicht bei jeder Regelung als „Letzte" behandelt werden müssen oder vielleicht „auch" mitbefriedigt werden, sondern es muß dem österreichischen Staate eine Ehrenpflicht sein, den Opfern und deren Hinterbliebenen rechtzeitig und ausreichend zu helfen. Nehmt es mir bitte nicht übel, wenn ich hier unwillkürlich wieder daran denken muß, daß man für „Nazis" immer wieder Geld hatte und zu gleicher Zeit berechtigte Forderungen von Opfern mit der Begründung, „dafür ist kein Geld da", zurückwies. Auch jetzt haben ja die „Unschuldigen" des Jahres 1945 ihre Forderungen für geleistete Aufräumungsarbeiten bei der Gemeinde Wien angemeldet. Sie haben keine Skrupel und fordern und nehmen, wo und wann immer es nur möglich ist, und erreichen leider auch zumeist ihr Ziel.

Werte Genossen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, wir wissen, daß Ihr bisher immer Verständnis für unsere Nöte hattet und daß es unsere Genossen im Parlament waren, die unermüdlich unsere Rechte vertreten und erkämpft haben. Leiht meiner Bitte ein offenes Ohr, sorgt dafür, daß wir schon in allernächster Zeit eine Überbrückungshilfe erhalten. Genossen, vergeßt nicht auf die bedürftigen Opfer und die Hinterbliebenen! Freundschaft! *R. S., Wien XVII*

*

Lieber Genosse S.!

Wir hoffen, daß Du damit einverstanden sein wirst, wenn Du Deinen Brief an dieser Stelle veröffentlicht findest. Aber wir glauben, daß Du uns allen aus der Seele geredet hast, und so mancher Genosse wird finden, ein solcher Brief hätte auch von ihm selbst so geschrieben werden müssen.

Du kannst jedoch versichert sein, daß unsere Genossen im Bundesvorstand, unsere zahlreichen Nationalräte, die zugleich Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, alles tun, um den nur zu gerechten bescheidenen Wünschen und Forderungen der Opfer beider Faschismen zum Durchbruch zu verhelfen.

Aus dem Wiener Landesverband

Die große Kundgebung

Am Sonntag, dem 11. März 1951, fand im Forum-Kino in Wien eine Kundgebung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt, die sich mit den Forderungen der Opfer des Kampfes für die Demokratie in Österreich befaßte. Auf der Rednertribüne sah man neben den Fahnen der sozialistischen Bewegung auch die gerettete Standarte des Ottakringer Schutzbundes.

Genossin Jochmann eröffnete die Kundgebung mit einer Minute des Gedenkens für alle jene, die in den Kerkern, in den Konzentrationslagern und auch auf den Schlachtfeldern im Kampf für die Demokratie ihr Leben lassen mußten. „Dieser Kampf", so führte sie aus, „ist heute wie ehedem ein Ringen auf Leben und Tod. Unser Gruß gilt daher den Freiheitskämpfern der ganzen Welt, die täglich ihr Leben für Recht und Freiheit einsetzen."

Genosse Olah führte aus: „Als die Verteidiger der Demokratie zur Waffe griffen, dachten sie nicht daran, dafür einmal eine materielle Entschädigung zu erhalten.

Es hieße aber der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen, wolle man den demokratischen Freiheitskämpfern vorenthalten, was man an Entschädigungen jenen zubilligt, die einst mithalfen, der Demokratie das Grab zu schaufeln.

Die Opfer des Faschismus denken nicht an Rache. Unter ihnen sind aber viele, die nicht mehr imstande sind, aufzuholen, was sie in den Jahren der Unterdrückung verloren haben. Diesen Menschen, von denen viele schwersten Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben, muß schnellste Hilfe zuteil werden. Was sie erlitten haben, kann mit Geld niemals gutgemacht werden. Lediglich ein kleiner Ausgleich für die verlorene Gesundheit, für die ruinierte Existenz soll geschaffen werden. Wir sind nicht unbescheiden und haben große Geduld bewiesen. Wir werden wie bisher in guten wie in bösen Stunden zu unserer österreichischen Republik stehen — nun aber, Staat, erfülle auch du deine Pflicht!"

Als Bürgermeister Körner als nächster Redner die Tribüne bestieg, erhoben sich alle Anwesenden von den Sitzen und bereiteten ihm eine stürmische, lang anhaltende Ovation. Bürgermeister Körner sprach sich für eine rasche Erledigung der gerechten Ansprüche der Opfer des Faschismus aus. Wenn wir zu einem dauerhaften Frieden kommen wollen, dann müssen Gewalt und Terror, wie sie noch immer in so manchen Staaten der Welt geübt werden, aus dem zivilisierten Denken ausgeschaltet werden. Wir haben heute mehr denn je die Pflicht, der Idee der Gewalt entgegenzuwirken, die zum Bürgerkrieg und über die Grenzen der Länder hinaus zum Völkermorden führt.

Genosse Pittermann sagte: „Es geht nicht um ein paar Schillinge an Wiedergutmachung, es geht um die Gerechtigkeit, die jenen, die für die Demokratie und Freiheit ihr Leben eingesetzt haben, endlich zuteil werden muß. Man schaudert davor, mit welcher Gleichgültigkeit man über das Schicksal der Opfer des Kampfes für die Demokratie hinweggeht.

Ja, manche Herrschaften setzen sich bereits wieder mit Menschen an den Verhandlungstisch, die noch vor wenigen Jahren als Kriegsverbrecher verurteilt wurden. Das ist eine Beleidigung des Rechtsgefühls aller aufrechten Menschen.

Die Anerkennung der Forderungen der Opfer des Faschismus ist ein Akt der Gerechtigkeit. Nur aus der Erfüllung dieser Forderungen können wir die Kraft schöpfen, auch weiterhin gegen die Drohung der Diktatur und für das Recht der arbeitenden Menschen zu kämpfen."

Für die Bundesländer sprachen hierauf Pirkhofer (Steiermark), Labek (Oberösterreich), Fritzenwan-

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 31. August 1951

ker (Salzburg), Robak (Burgenland), Obermaier (Tirol und Vorarlberg), Widmayer (Niederösterreich), Richter (Kärnten) und Adelpoller (Wien).

Genosse Mark verlas sodann die Resolution der Jahreshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer (wir haben sie an anderer Stelle veröffentlicht). In einer zweiten Resolution protestierte die Versammlung eindringlich gegen die Versuche, die Aufführung des Films „Unsterbliche Geliebte" von Veit Harlan in Wien zu ermöglichen. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Genossin Jochmann führte in ihrem Schlußwort aus: „Veit Harlan, einer der Hauptakteure des nationalsozialistischen Kultursumpfes, hat durch seine Filme zur Ermordung unzähliger unschuldiger Menschen beigetragen. Für alle freiheitsliebenden Menschen ist es eine unerhörte Zumutung, daß nun der gleiche Mann es wagt, seine Tätigkeit fortzusetzen, als wäre nichts geschehen. Wir werden zu allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln greifen, um die öffentliche Aufführung dieses Films zu verhindern."

Die Bezirke berichten:

Landstraße

Die Bezirksgruppe Landstraße teilt mit, daß der Kassier während der Sommermonate an jedem ersten Dienstag des Monats zwischen 18 und 19 Uhr im Bezirkssekretariat anzutreffen ist.

Meidling

Theodor Bode. Die Bezirksgruppe Meidling des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus beklagt den Verlust des Genossen Theodor Bode, der am 14. Mai 1951 im 59. Lebensjahr gestorben ist. Genosse Bode war ein aufrechtes und treues Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und wurde in den Februartagen als Kämpfer für Freiheit und Demokratie verhaftet. Er kam ins Landesgericht und wurde im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert. Die Bezirksgruppe wird ihm stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

*

Im Juli und August entfallen die Sprechstunden. Nächster Sprechtag 7. September 1951.

Ottakring

Am 12. Juli 1951 veranstaltete die Bezirksgruppe XVI eine Gedenkfeier zum 15. Juli 1927. Der Obmann Genosse Eibicht konnte unter anderem den Parteivorsitzenden Genossen Schärf, die Genossen Moik, Mark und Kysela, viele Bezirksmandatare, das Bezirksfrauenkomitee, den Referenten Genossen Josef Milota, die Bezirksordner und mehr als 150 Genossinnen und Genossen begrüßen.

Zur Einleitung sang der SJ-Chor Wien unter der Leitung des Genossen Erwin Weis die „Unsterblichen Opfer" und „Unter Nebel geboren".

Genosse Verosta übergab unter dem Beifall der Versammlung dem Frauenkomitee Ottakring als Ehrengabe einen Schutzbündler aus Bronze, den die Genossin Moik für das Frauenkomitee übernahm. Die gleiche Ehrung wurde unserer Genossin Pokorny zuteil, die bei unserer alten Volkswehrfahne als Fahnenpatin fungierte.

Das Referat zur Gedenkfeier hielt Genosse Milota, der es in einem leidenschaftlichen Vortrag verstand, die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen. Er befaßte sich mit den historischen Hintergründen, welche zum 15. Juli 1927 führten, und zeigte auch die Weiterentwicklung auf, die uns über den grünen zum braunen Faschismus brachte. Seine Schlußworte waren ein Appell zur Mitarbeit und ein flammendes Bekenntnis zur Internationale.

Das „Lied der Arbeit" beendete die Feier, welche noch lange im Gedächtnis der Versammlungsteilnehmer bleiben wird.

Donaustadt

Anton Wazal. Die Bezirksgruppe Donaustadt hat am 22. Juni 1951 durch das Ableben des Genossen Anton Wazal einen schweren Verlust erlitten.

Genosse Wazal stand im 62. Lebensjahre und war ein aufrechtes Mitglied des Republikanischen Schutzbundes. In der Nazizeit wurde er wegen seiner Tätigkeit als illegaler Kämpfer längere Zeit inhaftiert. Dabei zog er sich ein schweres Leiden zu, an dessen Folgen er frühzeitig arbeitsunfähig und auch allzufrüh aus unseren Reihen gerissen wurde.

Genosse Wazal war ein aufrechter Sozialist und ein Kämpfer für die Idee der Freiheit. Wir wollen ihm stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

St. Pölten. Der Bezirksreferent des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in St. Pölten, Genosse Ziegelwagner, hält die Sprechstunden an jedem Samstag von 9 bis 11 Uhr ab, und zwar im Parteisekretariat der SPÖ St. Pölten, Prandtauerstraße 4.

Die
Wiener Stadtwerke
versorgen Wien
mit Licht, Kraft und Wärme
Jährliche Abgabe:
700 Mill. kWh Strom und 330 Mill. m³ Gas
Sie befördern jährlich
600 Mill. Fahrgäste mit Straßenbahn,
Stadtbahn und Autobussen

Generaldirektion:
Wien I, Ebendorferstraße 2
Tel. A 17-5-95

Einkaufssektion:
Wien VIII, Josefstädter Straße 10-12
Tel. A 21-5-40, A 24-5-20

Elektrizitätswerke:
Wien IX, Mariannengasse 4
Tel. A 24-5-40

Gaswerke:
Wien VIII, Josefstädter Straße 10-12
Tel. A 21-5-40, A 24-5-20

Verkehrsbetriebe:
Wien IV, Favoritenstraße 9-11
Tel. U 42-5-80, U 43-5-70

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch den

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Reise- und Versandbuchhandel

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Hr. Marsal Viktor
Wien, 21., 13
Donaufelderstr.44/3.Stg./

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Sprechstunden

in unseren Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 ..... Mi. 16 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a ..... Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b .. Do. 18 bis 19 Uhr
5. Bacherplatz 14 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Do. 18 bis 19 Uhr
7. Neubaugasse 25 ..... Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 ..... Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Dampfgasse 35 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Mo. 17 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 ..... Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 ... Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297 ..... Fr. 17 bis 19 Uhr

15 a. Hackengasse 13 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
15b. Rustengasse 9 ..... Fr. 18 bis 19.30 Uhr

16. Schuhmeierplatz 18 ..... Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26, jeden 1. und 3. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
18. Leitermayergasse 45 ..... Fr. 19 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 ..... Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 ..... Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Brünner Straße 38, Schlingerhof, Stiege 18 ..... Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 .... Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter Straße 2, jeden 1. und 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

1. Postgasse 7, 1. Stiege, 2. Stock, Zimmer 36 ..... Mi. 16 bis 18 Uhr

Wir bitten, alle unsere Genossen auf die Sprechstunden in den Bezirksgruppen aufmerksam zu machen.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter!

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer" bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. A 28-5-20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97.